

Antrag

der AfD-Fraktion

Transparenz für TTIP-Verhandlung

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung setzt sich bei den zuständigen Stellen und im Bundesrat für Transparenz und die Möglichkeit einer demokratischen Meinungsbildung der Öffentlichkeit bei den TTIP-Verhandlungen ein.

Begründung:

Für die Landesregierung hat Europaminister Dr. Markov den Leseraum der Verhandlungsdokumente zu TTIP im Bundeswirtschaftsministerium besucht. Dabei sei sein demokratisches Grundverständnis erschüttert worden, so der Minister in einer Pressemitteilung vom 16.03.2016. Sein Fazit lautet: mangelnde Offenheit und Transparenz sowie fehlende demokratische Mitbestimmungsrechte. Er darf die Öffentlichkeit nicht informieren. Auch viele Bundestagsabgeordnete kritisieren die Bedingungen der Einsichtnahme. Einem von der Frankfurter Rundschau zitierten geheimen Schreiben der EU-Kommission nach würden die Leseräume sofort geschlossen werden, wenn Details bekannt werden würden.

Im Bundesrat müssen sich Landesregierungsmitglieder zum TTIP eine fundierte Meinung bilden können. Sie müssen die Öffentlichkeit bei einer so weitreichenden wie umstrittenen Entscheidung in Grundzügen informieren dürfen. Wenn sich die zur Einsicht ermächtigten Regierungsmitglieder oder Mitarbeiter nicht über den Inhalt äußern dürfen oder ihre Mitschriften und Kopien nicht mitnehmen dürfen, fehlt die notwendige Informationsgrundlage für die Öffentlichkeit und auch für die Entscheidungsträger selbst. Die Öffentlichkeit würde die Folgen von TTIP erst bewerten können, wenn sie einträten. Dadurch entfielen die demokratische Legitimation einer Entscheidung zu TTIP.

Die Eindrücke des Ministers unterstreichen einmal mehr, dass die Art und Weise der Verhandlungen inakzeptabel ist. Deshalb muss die Landesregierung nunmehr alles unternehmen, dem berechtigten Informationsinteresse der Öffentlichkeit nachzukommen.

Birgit Bessin
für die AfD-Fraktion

Datum des Eingangs: 23.03.2016 / Ausgegeben: 23.03.2016